

Coronakrise: Das Problem heißt Kapitalismus

COVID-19 sorgt für eine der größten Krisen unserer globalisierten Welt. Diese verstärkt die Missstände und Fehlfunktionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und beeinflusst unser Leben, wie wir es bisher kannten, massiv: Tausende Todesfälle, Digitalisierung unseres Lebens, Zunahme von Überwachung und Kontrolle, existenzielle Zunahme sozialer Ungleichheit...

Wir befinden uns in einem wirtschaftsfreundlichen "Dauer-Lockdown". Soziale Kontakte werden dabei dort nicht eingeschränkt, wo der Staat es braucht: Bei der Lohnarbeit oder auf dem Weg dorthin. Diese unzureichenden Maßnahmen verlängern die Pandemie aber nur, anstatt sie zu beenden und gefährden unser Leben. Durch individuelle Schuldzuweisungen an die Menschen, die einfach nicht zu Hause bleiben wollen und durch ihr Verhalten verantwortlich für das Unglück seien, sorgt der Staat mit irgendwelchen Debatten dafür, dass eine Analyse über die Ursachen der Pandemie und dem Umgang damit, erst gar nicht aufkommt. Das System bleibt unangetastet und die Bestrebung dies grundlegend ändern zu müssen, wird somit konsequent aus der Debatte raus gehalten.

Dabei zeigen sich mit der Corona-Pandemie klar die Konstruktionsfehler einer profitorientierten globalisierten Wirtschaft unter dem Motto Wachstum um jeden Preis. Die Regierungen versuchen nun als Antwort auf das rasante Ausbreiten des Virus in erster Linie die Profite von Konzernen zu schützen, anstatt den Menschen unter die Arme zu greifen. Während die Politik milliardenschwere Rettungspakete für die seit längerem schwächelnde Wirtschaft schürt, die jetzt so tut, als seien sie unverschuldet durch die Pandemie in neue Nöte geraten, sind Millionen Menschen direkt von Kurzarbeit oder Entlassungen betroffen. Diese Lösung der Regierung zeigt wo die Prioritäten liegen: Milliarden für Konzerne, damit diese weiterhin profitable Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten können. Radikale Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und der hart erkämpften Arbeitsrechte werden folgen. Diese Krise soll zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben genutzt werden. Die Profitgier des Kapitals kennt keinen "Shutdown".

Auch das, schon seit langem nach Profitinteressen ausgerichtete Gesundheitswesen wurde über Jahrzehnte systematisch kaputt gespart. Obwohl die Krankenhausversorgung zur Daseinsvorsorge gehört, verpflichtet der Gesetzgeber die Krankenhäuser dazu, gewinnorientiert zu wirtschaften. Menschen zu helfen, sollte eigentlich der Zweck eines Gesundheitssystems sein, nicht Profite für private Krankenhauskonzerne zu erzielen.

Im Inneren bedeutet Corona eine Einschränkung der Grundrechte. In Deutschland setzt sich die in den Polizeiaufgabengesetzen eingeschlagene Richtung fort. Zudem wird immer wieder versucht, Freiheitsrechte wie die Versammlungsfreiheit oder Streiks einzuschränken. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Coronakrise zum Freifahrtschein für die Aushöhlung demokratischer Rechte und für die Überwachung durch den Staat wird. Wie ernst es dem Staat mit dem Schutz der Bevölkerung ist, zeigt die Tatsache, dass in Fabriken und Büros gearbeitet und infiziert wird, anstatt die Mitarbeiter*innen bei vollem Lohnausgleich zu Hause zu lassen! Obwohl mehr Autos für die Gesellschaft nicht wichtig sind, hat deren Produktion Priorität vor Menschenleben. Die Räder der Fabriken dürfen niemals stillstehen. Das System muss gerettet werden, egal wie viele Menschen dafür sterben. Auch hier gilt: Profit und "Sicherheit" vor Gesundheit.

Ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl wird von Medien und Regierung suggeriert, während die ärmsten der Armen an den EU Außengrenzen ihrem Schicksal selbst überlassen werden. Auch im Inland wird die Situation für sozial Schwächere immer schwieriger. Das Gerede der Politiker vom Zusammenhalt ist auch deshalb hohl, weil auch in dieser Krise wieder die unter die Räder kommen, die eh schon arm dran sind. Eben jene Leute, die den Laden am laufen halten und die diese Krise nicht verursacht haben. Es sollte klar benannt werden, dass Solidarität das Gegenteil von dem ist, was die innerste Triebkraft des Kapitalismus ist. Dieses System ist auf Profitgier, Egoismus und Rücksichtslosigkeit aufgebaut. Die Politiker, die jetzt Solidarität und Zusammenhalt predigen, vertreten eine Politik, die eine dauerhafte und tief gehende Spaltung der Gesellschaft forciert hat und auch weiterhin forcieren wird.

Dies alles darf nicht widerstandslos hingenommen werden. Vertrauen, Respekt und internationale Solidarität sind wichtige Voraussetzungen um gemeinsam solch eine Krise bewältigen zu können.

Make the rich pay!

La Resistance

<https://lara.noblogs.org/>

email: larainfo@mail36.net

Facebook: <https://www.facebook.com/ingolstadt Lara>

